

Wer unter 300 000 Euro Vermögen hat, gehört zu den Verlierern unseres heutigen Geldsystems.



„Die Demokratie hätte längst zu einer Systemwende führen müssen, denn 80% der Menschen leiden unter der heutigen Geldpolitik. Aber es fehlt in diesem Bereich an Wissen.“, so Manfred Gotthalseder von der [Petition](#) „Banken in die Schranken!“ und dem österreichischen Banken-Volksbegehren. Die heutige Situation beschreibt er wie folgt:

Unternehmen sind heute im Durchschnitt derartig verschuldet, dass etwa 25% eines Warenpreises bereits Zinslasten sind. All dieses Geld wandert großteils als leistungsloses Einkommen an das reichste Zehntel der Bevölkerung. Erst wer über 300 000 Euro Vermögen besitzt, verdient durch Zinsen mehr, als er an versteckten Zinslasten in das System zahlen muss ([siehe Erläuterungen](#)). Somit ist jeder Mensch unter einem Geldvermögen von 300 000 Euro ein Systemverlierer! Alleine deshalb öffnet sich die Schere zwischen Arm und Reich jedes Jahr weiter und mit ihr steigen auf der einen Seite die Geldvermögen bei immer weniger Menschen und auf der anderen die Schulden bei immer mehr Menschen.

Eine Lösung liegt in einer Gebühr auf ungenutzte Ressourcen allgemeinen Bedarfs. Ein Vermögenger, der z. B. Agrarland als reine Geldanlage besitzt, wird motiviert sein, dieses einem Pächter zur Nutzung zu überlassen, um der Gebühr zu entgehen. Pacht wird der Pächter nicht zahlen, wo er dem Eigentümer doch schon die Gebühr erspart. Mit Geld wird nach dem gleichen Prinzip verfahren, denn auch Geld ist eine Ressource allgemeinen Bedarfs. Ersparnisse entgehen im neuen System der Gebühr, wenn sie als Kredit vergeben und damit einer Nutzung zugeführt werden. Der Sparer wird in Zukunft selbst entscheiden, was mit seinem Geld geschieht, denn im Fall einer Kreditvergabe wird das Geld von seinem Konto zum Kreditnehmer wandern. Er hat also keinen Anspruch auf vorzeitige Rückgabe, sondern müsste im Notfall selbst einen unverzinsten Kredit aufnehmen. Diese Neuregelung des Kreditkreislaufes ist notwendig, um einen Bankenkrach durch zeitgleiche Einforderung der Sparguthaben aller Sparer zu verhindern.

Der Dienst der verschuldeten Unternehmen und des verschuldeten Staates gegenüber den Vermögenden Geldgebern, liegt in Zukunft darin, ihnen die Gebühr auf gehortetes, ungenutztes Geld zu ersparen. Leistungslose Einkommen für Vermögende sind dann Vergangenheit. Inflation kommt nicht mehr zustande, da die ständige Erweiterung der Geldmenge zur Zinstilgung nicht mehr von Nöten ist. Auch die versteckten Zinslasten gehören so der Vergangenheit an. Durch den Rückgang der Inflation werden Sparguthaben wertstabil gehalten. Damit werden alle Bürger entlastet, denn Warenpreise und Steuern können gesenkt werden, weil die versteckten Zinslasten nicht mehr anfallen. Der einfache Bürger profitiert ebenfalls von zinsfreien Krediten, wenn er z. B. sein Eigenheim finanzieren will.

Die Gebühr auf Geld führt dazu, dass die Geldverwaltung vor allem von jenen finanziert wird, die Geld nutzen oder gar horten. Auch führt sie zu einem schnelleren Geldumlauf, denn wer seine Rechnungen sofort bezahlt, hat das Geld nicht mehr ungenutzt auf seinem Konto liegen und entgeht damit der Gebühr. Der schnelle Geldumlauf und unverzinsten Kredite beleben die Wirtschaft. Die Gebühren auf andere ungenutzte Ressourcen allgemeinen Bedarfs sollen schädliche Preisspekulationen an der Börse eindämmen und gemeinnützigen Zwecken zukommen.

Die Kritik an leistungslosen Einkommen aus Vermögen wird von 50 namhaften Geldtheoretikern und/oder Initiatoren alternativer Regionalwährungen vertreten ([geldmitsystem.eu](#)). Es ist an der Zeit, dass sich die Politik an diesen Vordenkern orientiert, anstatt sich von der Banken-Lobby beraten zu lassen. Es hat keinen Sinn, zu versuchen, ein gescheitertes System durch immense Steuerbelastungen am Leben zu erhalten. In diesem System ist der Zusammenbruch vorprogrammiert. Und wenn das passiert, verlieren wir alle (auch „die Reichen“). Wer für einen besseren Weg stimmen will, unterstützt die [Petition](#) und unterschreibt für das österreichische Banken-Volksbegehren.

MMag. Manfred Gotthalseder